



Die Linke Darmstadt
Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt

Bezirksverein Martinsviertel e.V.
Bürgerinitiative Pro Bürgerpark

per Email

Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 6690310
post@linke-darmstadt.de
www.linke-darmstadt.de

06.02.2026

Antworten auf eure Fragen an die Parteien

Liebe Aktive im Bezirksverein und in der BI Pro Bürgerpark,
im Folgenden findet ihr unsere Stellungnahme zu euren Fragen.

**1. Unterstützen Sie den Normenkontrollantrag des BVM bezüglich der
Bebauung Kastanienallee/Elfeicher Weg?**

Die Linke und die Linksfraktion in der Stavo haben den Normenkontrollantrag des BVM in der Vergangenheit politisch und auch finanziell unterstützt und werden dies auch in der folgenden Legislaturperiode tun.

**2. Wie stellen Sie sich zu der Idee, das Verfahren abzukürzen, indem man
den Investoren schon nach der Kommunalwahl einen
„Flächentausch“ anbietet.**

Wir unterstützen diese Idee grundsätzlich, wenn sie die Bebauung verhindert und die rasche Nutzung des bisher umzäunten Areals für die Öffentlichkeit ermöglicht. Unsere Zustimmung würden wir allerdings nicht unabhängig von der Art der Bebauung in dem eingetauschten Gelände erteilen (siehe z.B. Punkt 10). Auch bezüglich des Wertunterschieds dürfte die Tauschbereitschaft nicht zu teuer erkaufte werden.

3. Sollte ggf. auch der Flächennutzungsplan im Kastanienallee/Elfeicher Weg wieder zurückgeführt werden im Hinblick auf eine Nutzung des Geländes im Rahmen des Bürgerparkkonzepts?

Ja, hierfür werden wir uns in der Stavo stark machen, sobald das Gericht entschieden hat wie erhofft. Gerne werden wir dabei mit den Aktiven des BVM zusammenarbeiten und unser Handeln mit euren Vorstellungen abstimmen.

4. Ist es in Zeiten akuter Wohnungsnot vertretbar, dass ein städtisches Wohnungsbauunternehmen das große Areal des Messplatzes unbebaut belässt?

Nein. Dort muss schnell Wohnraum entstehen. Der Hintergrund der Verzögerung sind die hohen Baukosten und die damit verbundenen hohen Mietpreise. Mit gefördertem Wohnungsbau lässt sich dieses Problem jedoch lindern. Die Linke fordert, dass der Bauverein seine Quote an gefördertem Wohnraum auf 70% erhöht. Befürchtungen bezüglich sozialer Probleme entgegenen wir, dass dabei auch viele Wohnungen im 2. Förderweg gebaut werden sollen und dass eine gute Durchmischung innerhalb der Gebäude einzuplanen ist.

5. Wie stellen Sie sich zu der Debatte, auf dem Messplatz einen größeren Anteil an gewerblicher Nutzung zu realisieren und dazu eine Neuplanung für das Gelände durchzuführen?

Angesichts der Wohnungsnot muss auf dem Messplatz hauptsächlich Wohnraum entstehen. Nur dort, wo eventuell durch die Seveso-Richtlinie aufgrund der Nähe zu Merck Wohnbebauung nicht zulässig ist, sind wir mit der gewerblichen Nutzung einverstanden. Die Einrichtung eines „Handwerkerhofs“ ist hierfür ein plausibler Vorschlag. Eine weitreichende Neuplanung und die damit verbundenen Verzögerungen lehnen wir ab.

6. Wie stellen Sie sich zu der Tatsache, dass der Bauverein in den vergangenen Jahren überwiegend Großsanierungen durchgeführt hat, während er die kleineren Objekte gerade im Martinsviertel zunehmend der Verwahrlosung preisgab?

Die Mieter*innen können vom Bauverein erwarten, dass die Instandhaltung und die Mängelbeseitigung schnell und nachhaltig erfolgen. Sie können erwarten, dass Sanierungen so behutsam durchgeführt werden, dass die Wohnungen nicht unbezahlbar werden. Leider werden diese Erwartungen oftmals nicht erfüllt. Wir unterstützen Mieter*innen, die solche Probleme haben, individuell und gegebenenfalls auch durch eine politische Initiative.

7. Wie stellen Sie sich zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch dazu zu verpflichten, sich beim Neubau auf die tatsächlich benötigten Kleinwohnungen zu konzentrieren?

Wir sehen nicht, dass nur Kleinwohnungen benötigt werden. Auch größere und wachsende Familien haben oft große Probleme, passenden Wohnraum zu finden. Es gibt zwar ein Missverhältnis zwischen der Zahl der Einpersonenhaushalte und der Kleinwohnungen. Dieses wird aber dadurch relativiert, dass nicht wenige Einpersonenhaushalte größere Wohnungen belegen. Diese werden dort nicht ausziehen, sobald viele Kleinwohnungen zur Verfügung stehen. Auch Studierende werden (und sollen!) ihre WGs nicht auflösen, um einzeln in Kleinwohnungen zu ziehen. Wir wollen, dass Wohnungen nach Bedarf und in allen Größenklassen gebaut werden.

8. Wie stellen Sie sich zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch zu einem bauvereinsinternen Wohnungstausch-Angebot zu verpflichten?

Mit dem Bauverein wurde bereits ein solches Wohnungstauschprogramm mit aus unserer Sicht guten Konditionen vereinbart (Quadratmetermiete bleibt gleich, d.h. bei Umzug in eine kleinere Wohnung sinkt die Miete). Der zahlenmäßige Erfolg ist leider begrenzt (seit 2022 122 Interessierte und 33 Tausche). Die Frage zeigt allerdings, dass das Programm nicht ausreichend bekannt gemacht wird. Hierzu wünschen wir uns eine Öffentlichkeitskampagne.

9. Wie stehen Sie zur Verabschiedung einer Leerstandssatzung und deren konsequenter Durchsetzung?

In der Stavo am 15.12. haben wir den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und Volt, der zunächst eine Prüfung des Nutzens einer Leerstandssatzung in Auftrag gab, als „Bedenkenträgerei“ bezeichnet. Unsere Fraktion forderte die entschlossene Umsetzung des Leerstandgesetzes in Darmstadt so schnell wie möglich. Wir werden uns stark dafür einsetzen, dass die Prüfung schnell durchgeführt und anschließend eine wirkungsvolle Satzung verabschiedet wird.

10. Was halten Sie davon, auf zurzeit noch stadteigenen Bauflächen keine weitere Einfamilienhausbebauung mehr zuzulassen?

Das finden wir völlig richtig. In einer wachsenden Stadt mit geringem Potential an Erweiterungsflächen muss der zur Verfügung stehende Boden optimal genutzt werden. Auch neue Bebauungspläne dürfen keine Errichtung von Einfamilienhäusern zulassen.

11. Welche Vorschläge haben Sie, um dem Mangel an Sozialwohnungen und der niedrigen Vermittlungsquote abzuhelpen?

Wir zitieren die einschlägigen Punkte aus unserem Wahlprogramm:

- Einführung eines Programms für mittlere Einkommen durch das Land Hessen als dritter Förderweg im Wohnungsbau.
- Schaffung von mindestens 300 neuen Sozialbindungen pro Jahr in Darmstadt durch Neubau und Kauf von Belegungsrechten.
- Bindungskauf zur Schaffung von sozial gebundenem Wohnraum schwerpunktmäßig in Wohngegenden, in denen geförderter Wohnungsbau unterrepräsentiert ist.
- Wohngegenden, in denen geförderter Wohnungsbau unterrepräsentiert ist.
- Sozialbindung von 30 auf 50 Jahre erhöhen
- Betrieb eines Azubi-Wohnheims

12. Wie stehen Sie dazu, die Sanierung der Baashalle durch eine Änderung der Prioritätensetzungen möglichst zeitnah sicherzustellen?

Wir unterstützen diese Forderung. Wenn wir nach einem guten Wahlergebnis endlich über einen Vertreter oder eine Vertreterin in der Betriebskommission des Immobilienmanagements verfügen, werden wir uns dort dafür stark machen.